

(08.03.2019 – 21.03.2019)

Grüner Pressespiegel

Vanessa Gronemann, MdL & Karin Müller, MdL

20.03.2019 – Studentischer Wohnraum in Kassel: Land Hessen fördert den Bau von 66 Wohneinheiten

Die Kasseler Landtagsabgeordneten Karin Müller und Vanessa Gronemann freuen sich über die Entspannung der Wohnungssituation für Studierende in Kassel. Gleich zwei Förderbescheide für Bauprojekte des studentischen Wohnens sind am Mittwoch von Jens Deutschendorf, hessischer Staatssekretär für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, übergeben worden. „Angesichts der hohen Studierendenzahlen und des angespannten Wohnungsmarktes ist es unerlässlich, Wohnraum zu guten Konditionen für Studierende zu schaffen. Deswegen haben wir im Koalitionsvertrag erneut einen Schwerpunkt auf Neubau, Ausbau und Sanierung studentischer Wohnheime gelegt“, so die Landtagsabgeordnete Karin Müller.

„Dass demnächst in der Mönchebergstraße 25 und in der Kölnischen Straße 41 Sozialwohneinheiten entstehen, ist insbesondere für einkommensschwache Studierende von großem Wert, denn die Voraussetzungen für gutes Lernen bilden nicht nur gut ausgestattete Hörsäle und Institutsgebäude“, ergänzt Gronemann. Ein weiterer Pluspunkt sei die gute Lage der Wohneinheiten, welche sich nahe des Stadtkerns und in unmittelbarer Nähe zum öffentlichen Nahverkehr befinden werden. „Es ist gut, dass das Land Hessen den Bau von studentischen Wohnheime in Kassel unterstützt. Die Förderung und Erhaltung von studentischem Wohnraum ist ein wichtiges Instrument für mehr Bildungsgerechtigkeit“, so Müller und Gronemann abschließend.

Hintergrund: Mit dem Landesförderprogramm ‚Studentisches Wohnen‘ werden insgesamt 15 Millionen Euro Zuschussmittel sowie 75 Millionen Euro in Form von zinsgünstigen Darlehen zu attraktiven Bedingungen bereitgestellt, um die Finanzierung von Investitionen in studentischen Wohnraum zu erleichtern.

Rathausfraktion

19.03.2019 – Grüne: Riesenschritt für unsere Schulen

„Unsere Schulen werden mit dem geplanten Finanzierungskonzept einen Riesenschritt vorangebracht. Wir sehen die Chance, neben den bereits in Umsetzung befindlichen 67,5 Millionen Euro aus dem städtischen Haushalt weitere 180 Millionen zur Verfügung zu bekommen. Das ist für unsere Schullandschaft eine gute Meldung.“, so Dr. Martina

van den Hövel, bildungspolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion.

In der aktuellen Vorlage liege zudem die Chance, Schule an neue pädagogische Entwicklungen und auch neue technische und berufliche Gegebenheiten anzupassen. „Wir wollen die Schulen nicht nur sanieren, sondern neue Konzepte angehen. Dazu gehört auch, neben der Umsetzung der Mammutaufgabe Inklusion und der Schaffung neuer Raumkonzepte, die Öffnung der Schulen zu Sozialräumen mit positiven Auswirkungen in den Stadtteilen. Die Räumlichkeiten der Schulen sollten Betreuungsangebote umfassen, vielleicht sogar ein Kita-Angebot enthalten. Sie könnten für Fortbildungen zur Verfügung stehen. Beratungen könnten in einzelnen Schulstandorten stattfinden. Viele Ideen kann man jetzt prüfen, diskutieren und dann passend mit den Akteuren umsetzen“, sagt van den Hövel.

„Die vorgesehene Beteiligung der Schulgemeinden ist für uns unverzichtbar: die Schulen wissen selbst am besten, was sie brauchen und wie eine Schule vom morgen aussehen soll. Auch die Einbeziehung verschiedener Akteure aus dem Sozialraum sehen wir als wichtigen Schritt an, die geplanten Sanierungen qualitativ zu begleiten.“

Das vorgeschlagene Finanzierungskonzept sei hochkomplex. „Wir Grünen begleiten es wohlwollend und mit konstruktiven Fragen zu haushalts-, steuer- und vertragsrechtlichen Aspekten. Wir sind zuversichtlich, dass sich dieser Vertrauensvorsprung auszahlen wird. Dieses Konzept ist ein erster Schritt, dass unsere Schulen zeitgemäß und zukunftsfähig aufgestellt sind und für Schüler*innen und Lehrer*innen die besten Rahmenbedingungen geschaffen werden.“

Rathausfraktion

19.03.2019 – Grüne: Inklusive Bildung braucht langen Atem

„Inklusion ist nichts für kurze Erfolge. Dafür braucht es einen langen Atem. Das war allen Beteiligten von Anfang an klar“, sagt Dr. Martina van den Hövel, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kasseler Rathaus. „Die Schlussfolgerung, Inklusion funktioniere nicht, ist nicht nur falsch, sondern zeigt völlig falsche Vorstellungen. Inklusive Bildung ist ein Prozess, der vor allem beständig entwickelt werden muss. Wenn es Auffälligkeiten gibt, müssen wir die anpassen. Und das tun wir mit den Akteuren laufend“, sagt van den Hövel. „Unser Ziel bleibt das Menschenrecht auf

gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Behinderungen umzusetzen. Wir sehen darin eine klare Herausforderung, weiterhin die Rahmenbedingungen für inklusive Beschulungen zu verbessern und unsere Anstrengungen auf kommunaler und auf Landesebene zu intensivieren.“

„Wir brauchen nicht nur mehr Lehrer*innen, sondern multiprofessionelle Fachleute wie z.B. Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen und natürlich auch weiterhin Förderschullehrer*innen. Wir brauchen Fortbildungen und Unterstützung für die Lehrer*innen in den Regelschulen“, so van den Hövel. Insbesondere die Notwendigkeit, genügend Fachkräfte für die Arbeit in den Schulen zu qualifizieren, sei eine riesengroße Herausforderung. Sozialpädagogische Fachkräfte fehlten in allen Bereichen.

„Wir wissen, dass die gezielte Förderung aller Kinder nicht von heute auf morgen realisiert werden kann und dass das Bildungssystem den Bedürfnissen aller Lernenden gerecht werden muss. In der Modellregion „Inklusive Bildung“ gehen wir erste und ernsthafte Schritte, diese Ziele zu erreichen. Bei allen Sanierungen und Neubauten von Schulen werden bauliche Veränderungen für Schüler*innen mit Beeinträchtigungen vorgenommen. Das neu vorgestellte Konzept für Schulbausanierungen bietet weitere Chancen dazu. Förderschwerpunkte bleiben erhalten und werden nicht automatisch abgeschafft. Das ist nicht genug, aber das ist ein Anfang.“

Wenn insbesondere die Gesamtschulen ein ernüchterndes Resümee ziehen, dann heiße das auch, dass sich gerade diese Schulformen auf den Weg gemacht hätten. „Dafür sind wir den Kolleg*innen sehr dankbar“, so van den Hövel. Ihr kritisches Resümee zeige auch, dass Inklusion nur in gemeinsamer Anstrengung aller Schulformen zu realisieren ist. Wer daraus eine ideologische Debatte zwischen Gesamtschulen und Gymnasien mache, sei auf dem falschen Weg.

Rathausfraktion

18.03.2019 – Grüne: Trauer um Okwui Enwezor

"Für die Kunstwelt ist es ein herber Verlust. Okwui Enwezor hat nicht nur bei der documenta eindrucksvolle Ideen umgesetzt. Sein Wirken und Wesen bleiben den Menschen in Kassel in bester Erinnerung. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen, Freunden und Kollegen", sagt Boris Mijatovic, Vorsitzender der grünen Rathausfraktion, zum Tod des künstlerischen Leiters der documenta 11. Okwui Enwezor hatte in 2002 die documenta kuratiert und einen wichtigen Beitrag geleistet, den westlichen Kulturzentrismus zu überkommen und dem Titel ‚Weltkunstausstellung‘ eine neue Bedeutung zu verleihen. „Dafür sind wir ihm zu großen Dank verpflichtet.“

Dr. Bettina Hoffmann, MdB

14.03.2019 – Fridays For Future im Schwalm-Eder-Kreis

Am kommenden Freitag findet auch im Schwalm-Eder-Kreis eine Kundgebung des Schüler-Bündnisses "Fridays for Future" statt. Die Schülerinnen und Schüler zeigen der Öffentlichkeit durch die regelmäßigen Proteste, wie wichtig ihnen der Einsatz gegen den Klimawandel ist. Der Hitzesommer 2018, die zunehmende Häufigkeit schwerer Stürme und die Schneemassen in den Alpen in diesem Winter zeigen deutlich, dass wir die Auswirkungen des Klimawandels bereits heute zu spüren bekommen.

Das Ziel der Bundesregierung sieht vor, im Jahr 2020 eine Verminderung der Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 von Mindestens 40 % zu erreichen. Laut Umweltbundesamt lagen die Emissionen 2017 jedoch nur 28 % unter dem Vergleichswert. Die Niedensteiner Bundestagsabgeordnete Bettina Hoffmann fordert die Bundesregierung auf nun endlich zu handeln: "Die Bundesregierung muss mehr Kraft darauf verwenden, die selbst gesteckten Klimaziele zu erreichen." Bettina Hoffmann freut sich darüber, dass die Bewegung nun auch in kleineren Städten angekommen ist: "Die Jugendlichen stehen auf der richtigen Seite. Dies zeigt auch das Bündnis Scientists for Future, in der sich über 12.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für ein rasches und konkretes Handeln gegen die Klimakrise engagieren. Ich unterstütze beide Bewegungen, denn die Zeit läuft uns davon." Auch im ländlichen Gebiet kann man einiges für den Klimaschutz tun. Der Ausbau des ÖPNV und der damit verbundene Umstieg vom Auto ist dabei nur ein kleiner Schritt. Die hessische Landesregierung hat mit dem Schüler*innenticket und dem bald folgenden Seniorenticket die ersten Weichen für einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr geschaffen.

Dr. Bettina Hoffmann, MdB

14.03.2019 – Umweltschutz ist Gesundheitsschutz

Zur heutigen Veröffentlichung des sechsten Global Environment Outlook mit dem Titel "Gesunder Planet, gesunde Menschheit" erklärt Bettina Hoffmann, Sprecherin für Umweltpolitik und Umweltgesundheit: Der Bericht zeigt, dass ein gesunder Planet die Voraussetzung für die Gesundheit der Menschheit ist. Umweltschutz ist Gesundheitsschutz. Die Verschmutzung der Umwelt mit Mikroplastik, giftige Chemikalien in Alltagsprodukten, die zunehmende Klimakrise, die Luftverschmutzung und die zunehmende Resistenzentwicklung gegen Antibiotika sind nicht nur gravierende Umweltprobleme, sondern auch eine Bedrohung für die menschliche Gesundheit. Die heutigen Umweltkrisen zu lösen, ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Der Bericht zeigt auf, dass

Alte, Kinder, und arme Menschen
gesundheitsschädlichen Umweltbelastungen
besonders ausgesetzt sind.

Das UN-Umweltprogramm fordert die nationalen
Staaten unmissverständlich zum Handeln auf. Alle
Ressorts der Bundesregierung sind in der
Verantwortung, diesen Bericht zur Kenntnis zu
nehmen und Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um
Umwelt und Gesundheit zu schützen. Zentrale
Maßnahmen sind ein Ausstieg aus der Kohlekraft und
dem fossilen Verbrennungsmotor zur Einhaltung der
Klimaziele, ein umfassender Kampf gegen den Eintrag
von Plastik in die Umwelt, eine umfassende
Kreislaufwirtschaft und eine Landwirtschaft, die auf
weniger Pestizide und ein Ende der Massentierhaltung
setzt.